

German Institute for Global and Area Studies

Über Ursachen und auslösende Ereignisse von Radikalisierung *Eine heuristische Perspektive auf den Nahen Osten*

Thomas Richter, Selman Almohamad

Phänomene



Zusammenfassung

Um eine umfassende Einschätzung bezüglich des Radikalisierungs-geschehens in Deutschland abgeben zu können, ist ein Blick auf internationale Entwicklungen unerlässlich. Das MOTRA-Teilprojekt des German Institute for Global and Area Studie (GIGA) kommt diesem Erfordernis nach. Dabei beschäftigt es sich schwerpunktmäßig mit Akteuren des islamistischen Spektrums mit einem besonderen Fokus auf gewaltbereite dschihadistische Gruppen in der Region des Nahen und Mittleren Osten. Zukünftig wird darüber hinaus ein Blick auf internationale Entwicklungen geworfen, die eine phänomen-übergreifende Analyse ermöglichen.

Stichworte

*Naher und Mittlerer Osten | Dschihadismus | Islamismus |
Nahostkonflikt | Muslimbrüder*



Einleitung

Innerhalb von MOTRA besteht die Aufgabe des Leibniz-Instituts für Globale und Regionale Studien (GIGA) darin, in einem ersten Schritt Einschätzungen über das zukünftige Radikalisierungspotenzial innerhalb des islamistischen Spektrums mit einem besonderen Fokus auf gewaltbereite dschihadistische Gruppen in der Region des Nahen Ostens abzugeben. Ausgehend von den in der Literatur in den letzten Jahren umrissenen historischen Bedingungskonstellationen für islamistische Radikalisierung versuchen wir, entsprechende Radikalisierungspotenziale einzugrenzen. Dazu folgen wir den aktuellen Entwicklungen im Nahen Osten mit einem primären Fokus auf arabisch-, englisch- und deutschsprachige Diskurse und Medienberichte. Als unsere zentrale Aufgabe betrachten wir in diesem Zusammenhang die Identifizierung sich neu formierender und bisher vernachlässigter Tendenzen islamistischer Radikalisierung. Dazu verfassen wir regelmäßig Fallstudien, die sich mit den aktuellen und zukünftigen Brennpunkten eines nahöstlichen islamistischen Radikalisierungsgeschehens beschäftigen. Aufbauend auf unserer Expertise können dann in einem zweiten Schritt, innerhalb der unterschiedlichen MOTRA-Module und auf Basis der dort erhobenen Daten, die Konsequenzen der Entwicklungen im Nahen Osten für das Radikalisierungsgeschehen in Europa und Deutschland untersucht und besser reflektiert werden. Ab dem Jahr 2021 wird darüber hinaus ein Blick auf solche internationale Entwicklungen geworfen, die einen phänomenübergreifenden Ansatz ermöglichen.

Im ersten Jahr der Laufzeit von MOTRA haben sich die Arbeiten des GIGA auf folgende Arbeitsschwerpunkte konzentriert: die Erarbeitung einer Heuristik zur Bestimmung des Radikalisierungspotenzials in der Region des Nahen Ostens; die Identifizierung von Akteurskonstellationen mit zukünftigem Radikalisierungspotenzial, die durch tiefere Fallstudien bearbeitet werden sollen; das Verfassen von zwei dieser Studien zum Radikalisierungspotential im Kontext des Nahostkonflikts und der im Sommer des Jahres 2020 unaufhaltbar erscheinenden israelischen Annexion weiter Teile der palästinensischen Westbank einerseits und der Rolle der Muslimbrüder innerhalb der Militärdiktatur in Ägypten seit dem Jahr 2014 andererseits.

Ursachen und auslösende Ereignisse von Radikalisierung

Im Kontext der im Jahr 2020 bearbeiteten Fallstudien zum Nahen Osten verstehen wir unter Radikalisierung einen Prozess, bei dem „a person’s thinking and behaviour become significantly different from how most of the members of their society and community view social issues and participate politically“ (Angus 2016, 1). Für den spezifischen Blick auf den Nahen Osten verbinden wir diese Perspektive mit der Bereitschaft, physische Gewalt auszuüben (Della Porta und LaFree 2012, 5). D. h., wir konzentrieren uns auf nichtstaatliche Gruppen oder Einzelpersonen, die innerhalb ihrer jeweils spezifischen politischen Gemeinschaften bereit sind, ihren politischen Vorstellungen gewaltsam Ausdruck zu verleihen, bzw. diese gewaltsam durchzusetzen. Allerdings ist es im Nahen Osten in der Vergangenheit auch bei nicht-islamistischen Gruppen zu Radikalisierung und Gewaltanwendung gekommen. Ein Beispiel aus der jüngsten Geschichte ist die *Freie Syrische Armee*, die im Jahr 2011 aus Deserteuren der regulären syrischen Armee entstand und seitdem mit Waffengewalt für den Sturz von Präsident Bashar al-Assad eintritt. Innerhalb von MOTRA ist es allerdings nicht vorgesehen, sich mit dieser Art von Akteuren zu beschäftigen. Stattdessen konzentrieren wir uns ausschließlich auf islamistische Gruppen. Innerhalb des islamistischen Spektrums existieren allerdings auch Akteure, welche Gewalt als Mittel zur Erreichung ihrer politischen Ziele ablehnen. Ein prominentes Beispiel dafür ist die tunesische *Ennahda-Partei*, die bereit ist, sich ausschließlich innerhalb der von der tunesischen Verfassung vorgegebenen Grenzen politisch zu engagieren. Andere Gruppen wiederum, wie der *Islamische Staat in Syrien und dem Irak* (ISIS), setzen bewusst auf die Anwendung von Gewalt, Repression und Terror, um ihre politischen Ziele zu erreichen. Es sind zuletzt genannte islamistische Akteure und Gruppen, auf die sich das GIGA mit seinen Analysen innerhalb des MOTRA-Verbundes konzentriert.

Auf diesen Grundüberlegungen aufbauend, unterscheiden wir innerhalb der zum Nahen Osten fertig zu stellenden Fallstudien zwischen, erstens, den tiefer liegenden Ursachen von Radikalisierung in der Region des Nahen Ostens und, zweitens, regionalen Ereignissen, welche schließlich eine Radikalisierung innerhalb der Region auslösen können (vgl. dazu beispielsweise Bjørge 2005; Du Bois u. a. 2019) und schließlich ein Potential für das Radikalisierungspotential in Deutschland und Europa erkennen lassen.

Ursachen von Radikalisierung

Ursachen oder „root causes“ von Radikalisierung (vgl. dazu beispielsweise Bjørge 2005; Du Bois u. a. 2019) werden von uns definiert als die sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen im täglichen Leben von Gruppen und Einzelpersonen, die ein individuelles und/oder kollektives Gefühl von Marginalisierung, Entbehrung, oder Nichterfüllung entstehen lassen. Diese Bedingungen können eine Kluft zwischen Erwartungen einerseits und der wahrgenommenen Realität von Individuen oder Gruppen andererseits hervorrufen. Eine Vielzahl von Faktoren waren in der Vergangenheit in Kombination und Wechselwirkung verantwortlich für ein Umfeld, welches islamistische Radikalisierungsprozesse im Nahen Osten möglich gemacht hat. Dazu gehörten beispielsweise:

- Die politische In- und Exklusion relevanter sozialer Bewegungen und/oder Parteien aus dem islamistischen Spektrum durch autoritäre Regime (vgl. dazu beispielsweise Albrecht und Wegner 2006).
- Die sozioökonomischen Bedingungen von Armut, Deprivation und ökonomischer, sozialer aber auch kultureller Marginalisierung im Kontext von gesellschaftlichem Wandel (vgl. dazu beispielsweise Süß und Aakhunzada 2019).
- Die ideologischen Bedingungen islamistischer Interpretationen lokaler Entwicklungen oder internationaler Ereignisse (vgl. dazu beispielsweise Wiktorowicz 2005; Egger und Magni-Berton 2019).

Wir verstehen diese Faktoren als strukturelle Ausgangsbedingungen und nehmen an, dass sie in der Vergangenheit aufgrund spezifischer Kombinationen islamistische Radikalisierung ermöglicht haben. Unserer Ansicht nach handelt es sich dabei also keineswegs um Faktoren, die Radikalisierung zwangsläufig entstehen ließen, sondern wir betrachten ihre Anwesenheit als einen ausschließlich notwendigen Kontext, innerhalb dessen auch in Zukunft islamistische Radikalisierung möglich sein könnte.

Aus unserer Sicht lassen sich somit zu Beginn der 2020er-Jahre mindestens fünf Konstellationen in der Region des Nahen Ostens identifizieren, die von ihren spezifischen lokalen Gegebenheiten ausgehend und im Zusammenwirken mit den oben beschriebenen Faktoren Räume für eine

zukünftige Radikalisierung bieten. All diese Konstellationen weisen mehr oder weniger direkte Bezüge nach Europa und Deutschland auf.

- Der israelisch-palästinensische Konflikt (in 2020 durch eine Fallstudie bearbeitet).
- Die seit dem Militärputsch im Jahr 2013 andauernde Unterdrückung der Muslimbrüder durch das ägyptische Militärregime (in 2020 durch eine Fallstudie bearbeitet).
- Die Neuformierung von Kräften des IS im Irak und in Syrien, inklusive der Frage des zukünftigen Verbleibs von IS-Kämpfern und ihrer Familien, die weiterhin überwiegend in kurdisch kontrollierten Gebieten auf dem Staatsgebiet Syriens festgesetzt sind (wird in 2021 durch eine Fallstudie bearbeitet).
- Die aktuellen Entwicklungen innerhalb des Wahhabismus, einer puristisch-traditionalistischen Strömung des sunnitischen Islams, die vor allem in Saudi-Arabien vorherrscht und sich dort mit einer vom saudischen Kronprinzen Muhammad bin Salman eingeleiteten sozioökonomischen Reform konfrontiert sieht (wird in 2021 durch eine Fallstudie bearbeitet).
- Die Lage der arabischsprachigen Schiitengruppen im Irak, in Syrien und im Libanon, mit einem spezifischen Fokus auf die Hisbollah im Libanon und die Volksmobilisierungskräfte (Al-Haschd al-Schaabi) im Irak (wird in 2021 durch eine Fallstudie bearbeitet).

Auslösende Ereignisse von Radikalisierung

Neben einem Fokus auf Akteurskonstellationen halten wir es darüber hinaus für vielversprechend, einen Blick auf spezifische Ereignisse zu werfen, die Radikalisierung beschleunigen oder auslösen können. Unter diesen sogenannten auslösenden Ereignissen oder „trigger events“ (vgl. dazu beispielsweise Bjørgo 2005; Du Bois u. a. 2019) verstehen wir Situationen, die einer Radikalisierung bzw. der Ausführung einer gewaltsamen Handlung unmittelbar vorausgegangen sind. Auslösende Ereignisse müssen jedoch nicht nur ein singuläres Ereignis, wie eine ausländische Invasion oder die Unterzeichnung eines Friedensvertrages sein; vielmehr können sich auslösende Ereignisse auch über längere Zeiträume erstrecken. Beispiele dafür sind der Zeitraum von Friedensverhandlungen oder die Dauer der militärischen Besetzung eines bestimmten Territoriums durch andere Staaten.

Einige historische Beispiele für „trigger events“ im Nahen Osten sind:

- Die im Jahr 1978 unter Vermittlung der USA begonnenen Verhandlungen zwischen Ägypten und Israel, welche im März 1979 die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwischen den beiden Staaten ermöglichten. Der daraus resultierende sogenannte ägyptische Separatfrieden führte neben einer Isolierung Ägyptens in der arabischen Welt gleichfalls zu einer Radikalisierung islamistischer Gruppen innerhalb Ägyptens.
- Der Tempelbergbesuch des damaligen israelischen Oppositionsführers Ariel Sharon im September 2000 trug maßgeblich zum Ausbruch der zweiten palästinensischen Intifada bei, in deren Kontext sich Teile der islamistischen Gruppen im Westjordanland und im Gazastreifen weiter radikalisierten.
- Die Stationierung von US-amerikanischen Streitkräften auf dem Boden von Saudi-Arabien im Jahr 1990 als Reaktion auf die irakische Invasion Kuwaits. Dies gilt gemeinhin als Beginn von weitreichenden Radikalisierungsprozessen innerhalb der in Saudi-Arabien vorherrschenden wahhabitischen Glaubensrichtung des Islam.
- Der von den USA geführte Krieg gegen den Irak im Jahr 2003, der maßgeblich zur Wiederbelebung radikaler Islaminterpretationen und dem Entstehen einer Bewegung von dschihadistischen Kämpfern aus verschiedenen Ländern des Nahen Ostens im Irak beigetragen hat. In diesem Kontext spielten die im April 2004 bekannt gewordenen Folterpraktiken durch das US-Militärpersonal im Gefängnis Abu-Graib eine wichtige Rolle für die Radikalisierung sunnitischer islamistischer Gruppen, die als Keimzellen des ISIS gelten.
- Nachdem es in Syrien im Kontext des arabischen Frühlings zum Jahresbeginn 2011 zunächst zu keinen nennenswerten Protesten gegen das Regime von Bashar al-Assad gekommen war, brachen am 15. März landesweite Proteste aus, nachdem bekannt wurde, dass syrische Sicherheitskräfte Anfang März in der Stadt Daraa eine Gruppe von protestierenden Jugendlichen festgesetzt und gefoltert hatten. In den darauffolgenden Wochen entwickelte sich aus einer antistaatlichen Protestbewegung eine Freiwilligenarmee, die größtenteils aus Deserteuren der regulären syrischen Streitkräfte bestehend einen bewaffneten Kampf gegen das Assad-Regime begann.

- Nach dem Sturz des ersten frei gewählten ägyptischen Präsidenten Mohammed Mursi, einem Muslimbruder, durch das Militär im Juli 2013, kam es etwa einen Monat später zur blutigen Räumung von mehreren Protestlagern, in denen sich Mursi-Anhänger versammelt hatten. Dabei wurden Hunderte von Menschen durch ägyptische Sicherheitskräfte getötet. Im Zuge dieser Massaker radikalisierten sich Teile der jüngeren Mitglieder der Muslimbrüder und schlossen sich dschihadistischen Gruppen auf dem Sinai, im Irak und in Syrien an.

Drei Beispiele für mögliche auslösende Ereignisse aus dem Jahr 2020, die unserer Einschätzung nach zu einer Beschleunigung von Radikalisierungsprozessen im Nahen Osten hätten führen können bzw. es weiterhin tun, sind:

- Die gezielte Tötung von Qassim Suleimani durch die USA im Irak Anfang Januar 2020: Suleimani war ein General der iranischen Revolutionsgarde mit direktem Zugang zum iranischen Revolutionsführer Ajatollah Ali Chamenei. Als Reaktion kam es zu einer Reihe von Vergeltungsschlägen durch den Iran und mit dem Land verbündeter Milizen auf US-amerikanische Einrichtungen in der Region. Allerdings legen Äußerungen iranischer Regierungsvertreter und Mitglieder der Revolutionsgarden nahe, dass weiterhin mit Vergeltung durch Mitglieder der Revolutionsgarden oder dem Iran nahestehender schiitischer Gruppen zu rechnen ist.
- Die im Mai 2020 bekannt gewordene Ankündigung Israels, Teile der palästinensischen Westbank am 1. Juli 2020 zu annektieren: Diese Ankündigung führte zu einer Reihe von Reaktionen mit offensichtlichem Radikalisierungspotenzial innerhalb des Nahen Ostens, die allerdings bis heute aufgrund der Aussetzung der Annexionspläne zu keiner neuen anhaltenden Welle von Gewalt geführt haben.
- Die Wiederveröffentlichung von sogenannten Mohammed-Karikaturen durch die französische Satirezeitschrift Charlie Hebdo im September 2020 aus Anlass des Beginns der Gerichtsverhandlungen zu dem islamistischen Anschlag auf die Redaktion der Zeitschrift im Januar 2015: Als Reaktion kam es zu zahlreichen Protesten in Europa und dem Nahen Osten sowie zu mehreren extremistischen Anschlägen in Frankreich, Österreich und Saudi-Arabien.

Der Nahostkonflikt und die Ankündigung Israels, Teile der palästinensischen Westbank zu annektieren

Der israelisch-palästinensische Konflikt, oft auch einfach als Nahostkonflikt bezeichnet, stellt für die Zeit nach dem 2. Weltkrieg den wohl bedeutendsten Territorialkonflikt im Nahen Osten dar. Er ist bis heute weder vollständig verregelt, geschweige denn gelöst. Gewalt wird als Teil dieses Konflikts regelmäßig als ein Mittel des Konfliktaustrags eingesetzt. Mit der drohenden Annexion der palästinensischen Westbank durch Israel eskalierte im Frühjahr und Sommer 2020 eine radikalierungsrelevante Episode dieses Konflikts, die von uns spezifischer analysiert worden ist. Eine separate Studie dazu haben wir im Sommer 2020 als Ausgabe Nr. 4 des GIGA Focus Nahost veröffentlicht (Almohamad 2020). Im Folgenden fassen wir ihre wichtigsten Bestandteile für den Jahresbericht von MOTRA zusammen:

Am 28. Mai 2020 verkündete Premierminister Benjamin Netanjahu die Absicht der israelischen Regierung, am 1. Juli bis zu 30 Prozent des Westjordanlandes – welches laut Teilungsplan der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1947 für einen palästinensischen Staat vorgesehen ist – völkerrechtswidrig zu annektieren. Ein Vorschlag, der sowohl bei der palästinensischen Autonomiebehörde (PA) als auch bei der Mehrheit der internationalen Staatengemeinschaft auf Ablehnung stieß, allerdings mit dem bereits im Januar durch die Trump-Administration veröffentlichten Friedensplan kompatibel war. Nicht zuletzt aufgrund des dreieinhalb Monate später, am 15. September 2020, unterzeichneten Normalisierungsabkommens zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) – ein Vertrag, der inzwischen überwiegend als Abraham-Abkommen bezeichnet wird – sind die israelischen Annexionspläne jedoch auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Trotzdem geben die Entwicklungen des Sommers 2020 Einblick in das Radikalisierungspotenzial, welches weiterhin vom Nahostkonflikt ausgeht.

In der als GIGA-Focus veröffentlichten Studie wird zwischen drei unterschiedlichen Akteursgruppen unterschieden, die jeweils ein spezifisches Radikalisierungspotenzial aufweisen. Erstens existiert mit den arabischen Golfstaaten und Ägypten eine Gruppe, die als „de facto in die Annexion Einwilligende“ bezeichnet werden kann. Obwohl in offiziellen Verlautbarungen die Annexionspläne kritisiert und Israel zur Einhaltung

seiner Verpflichtungen im Rahmen des Völkerrechts aufgefordert wurde, zeigt ein genauerer Blick auf die sich bereits seit einigen Jahren intensivierende Zusammenarbeit zwischen Israel auf der einen und den arabischen Golfstaaten sowie Ägypten auf der anderen Seite, dass es hier eine wachsende Übereinstimmung im Rahmen gemeinsamer regionaler Interessen gibt. Diese liegen einerseits im ökonomischen Bereich und sind darüber hinaus stark von sicherheitspolitischen Gemeinsamkeiten in Bezug auf die Eindämmung der regionalpolitischen Ambitionen und Aktivitäten der Islamischen Republik Iran geprägt. Obwohl sich ägyptische Politiker mehrmals ablehnend gegenüber den israelischen Plänen geäußert hatten, wäre aus Kairo zu keinem Zeitpunkt mit einem nennenswerten Widerstand gegen eine Annexion zu rechnen gewesen. Ägypten stand aufgrund der COVID-19 bedingten Einbrüche im Tourismussektor und wegen des massiven Rückgangs von Überweisungen seiner im Golf beschäftigten Staatsbürger wirtschaftlich unter Druck und war darüber hinaus außenpolitisch in Bezug auf seinen Konflikt über die Nutzung des Nilwassers mit Äthiopien auf die Unterstützung der USA angewiesen, welchen wiederum eine Torpedierung der israelischen Annexionspläne durch Ägypten missfallen hätte.

Zudem wurde spätestens im Sommer 2020 deutlich, dass zweitens mit Jordanien und der palästinensischen Autonomiebehörde eine Gruppe existiert, die man als „sich geringfügig Widersetzende“ bezeichnen kann. Diese Akteure hatten sich diskursiv klar gegen die Annexionsabsichten der israelischen Regierung ausgesprochen und wären bei einem möglichen Vollzug mit allen ihnen zur Verfügung stehenden friedlichen, d. h. diplomatischen und politischen, Mitteln dagegen vorgegangen. In Jordanien verurteilten beispielsweise der Premierminister und der Außenminister den israelischen Annexionsplan scharf und warnten vor seiner Umsetzung. Der jordanische König Abdullah II. erklärte im Mai in einem Interview mit dem *Spiegel*: „If Israel really annexes the West Bank in July, it would lead to a massive conflict with the Hashemite Kingdom of Jordan“ und deutete an, dass alle politischen Optionen denkbar sind, einschließlich einer Überprüfung des Friedensvertrages mit Israel aus dem Jahr 1994 (Der Spiegel, 15 Mai 2020). Aufgrund der Abhängigkeit Jordaniens von US-amerikanischen Finanzhilfen und der in den letzten 25 Jahren ständig gewachsenen ökonomischen und sicherheitspolitischen Interdependenz mit Israel wäre es allerdings ausgesprochen kostenintensiv gewesen, hätte Jordanien seine

Beziehungen zu Israel tatsächlich so substanziell verändert, zumal es dem Land dafür auch an regionaler Unterstützung durch seine Verbündeten am Arabischen Golf fehlte.

Nach Bekanntgabe der israelischen Annexionspläne durch die Netanjahu-Gantz-Regierung erklärte Mahmud Abbas, der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), dass alle früheren Vereinbarungen, Absprachen und Verpflichtungen zwischen der PA und der israelischen und der amerikanischen Regierung einseitig durch die Palästinenser beendet würden. Ungeachtet der wahren Absichten von Abbas wäre auch von der PA keine über eine diskursive Ablehnung hinausgehende Reaktion zu erwarten gewesen. Zunächst ist die PA aus einer politischen und ökonomischen Sicht auf die Zusammenarbeit mit Israel angewiesen und aufgrund ihres gegenwärtigen offiziellen Status zu schwach, um sich überhaupt einer Annexion des Westjordanlandes entgegenzustellen. Zudem wäre ein kompletter Rückzug der PA aus all ihren Abkommen mit Israel und den USA einer strukturellen Selbstaufgabe gleichgekommen und hätte daher die Regierungsfähigkeit im Westjordanland grundsätzlich infrage gestellt.

Zu guter Letzt stellen, drittens, die beiden islamistischen Organisationen Hamas und der Islamische Dschihad in Palästina als „militante Revisionisten“ die einzige Akteursgruppe dar, welche gegebenenfalls bereit gewesen wäre, mit Waffengewalt gegen eine drohende israelische Annexion vorzugehen. Die Islamische Widerstandsbewegung (vor allem bekannt als Hamas) und die Bewegung des Islamischen Dschihad in Palästina (PIJ) sind zwei palästinensisch-islamistische Organisationen, die seit dem Jahr 2007 den Gaza-Streifen dominieren. Zusammen mit ihren Milizen, den Izz al-Din al-Qassam-Brigaden und den Al-Quds-Brigaden, spielten sie zwischen den Jahren 2000 und 2005 eine zentrale Rolle im Rahmen der zweiten Intifada. Hamas und PIJ verfolgen im Nahostkonflikt ähnliche Ziele. Sie lehnen die Zweistaatenlösung ab, wollen sämtliche durch Israel besetzten palästinensischen Gebiete befreien und erkennen den Staat Israel nicht an.

Nach der Bekanntgabe des Friedensplans von US-Präsident Trump im Januar 2020, der faktisch von einer etwa 30-prozentigen Annexion der Westbank durch Israel ausgeht und der im Frühjahr 2020 erfolgten Billigung dieses Plans durch die neu gebildete israelische Koalitionsregierung, verschärften die beiden islamistischen Gruppen im Gazastreifen ihre

Rhetorik. Ein Sprecher der Al-Quds-Brigaden – des bewaffneten Arms des Islamischen Dschihad – forderte die Palästinenser auf, israelische Kontrollpunkte anzugreifen (Memo 2020). Auch ein Sprecher der Al-Qassam-Brigaden – die der Hamas nahestehende Miliz – erklärte, dass der Annexionsplan Israels eine „Kriegserklärung an das palästinensische Volk“ (Asharq Al-Awsat 2020) sei, und dass der Feind Israel eine mögliche Umsetzung bitter bereuen würde.

Über ihre eskalierende Rhetorik hinaus haben Hamas und Islamischer Dschihad in den letzten Jahren auch ihre regionalen Beziehungen zu Syrien, dem Iran und Jordanien verbessert und eine inner-palästinensische Annäherung an die PA vorangetrieben. Dabei war es das Ziel, den seit dem Jahr 2007 durch Israel verhängten Belagerungszustand des Gazastreifens aufzuweichen. Obwohl seit dem Jahr 2013 mit der Schließung der Schmugglertunnel zwischen Gazastreifen und Ägypten wichtige Teile der wirtschaftlichen und finanziellen Aktivitäten von Hamas und Islamischem Staat nachhaltig beschädigt sind, scheinen die militärischen Fähigkeiten der beiden Gruppen nicht substanziell zurückgegangen zu sein. Beide Gruppen halten weiterhin ein stattliches Arsenal an selbst gebauten und geschmuggelten Waffen vor (Akram 2019), mit dem sie in der Lage sind, das an den Gazastreifen angrenzende israelische Staatsgebiet zu bedrohen. Beide Gruppen sind zudem bereit, über eine Eskalationsrhetorik hinaus, dies auch durch den Einsatz von Gewalt zu untermauern. Der Iran, als einziger externer Akteur mit nennenswertem Einfluss im Gazastreifen, ist zudem der einzig verbliebene regionale Rivale Israels. Deswegen hätte die islamische Republik durchaus ein Interesse daran gehabt, Israel in eine erneute Auseinandersetzung mit palästinensischen Gruppen zu verwickeln, um so beispielsweise von den Aktivitäten iranischer oder mit dem Iran verbundener Gruppen in Syrien abzulenken. Anders ausgedrückt: Die PIJ und die Hamas hätten im Fall einer Annexion und im Gegensatz zu den Golfstaaten, Ägypten, Jordanien und der PA weder die Unterstützung der USA verloren, noch hätten sie ihre Beziehungen zu Israel opfern müssen, wenn sie sich als Antwort darauf weiter radikalisiert hätten.

Wichtige Erkenntnisse aus dieser Analyse sind in das MOTRA-Teilprojekt der Universität Hamburg eingeflossen. In der dort für das Jahr 2021 geplanten repräsentativen Umfrage ist vorgesehen, das vom Nahostkonflikt weiterhin ausgehende latente Radikalisierungspotenzial innerhalb

Deutschlands auf der Individualebene als Teil eines Umfrageexperiments abzufragen (Brettfeld et al. in diesem Band).

Radikalisierung und Deradikalisierung der ägyptischen Muslimbrüder

Im Verlauf des Arabischen Frühlings in Ägypten stellte sich schnell heraus, dass die Muslimbruderschaft (MB), als eine der ältesten und inzwischen wohl bekanntesten islamistischen Organisationen im Nahen Osten, die am besten organisierte Gruppe innerhalb des Massenaufstandes gegen das Mubarak-Regime war. Mithilfe der im Jahresverlauf 2011 gegründeten Freiheits- und Gerechtigkeitspartei als politischem Arm, gelang es der MB bei den ersten freien Parlamentswahlen, die im Januar 2012 zu Ende gingen, etwa 40 Prozent der Wählerstimmen für sich zu gewinnen. Darüber hinaus erreichten die MB im weiteren Jahresverlauf 2012 ihren wohl größten politischen Erfolg, als ihr Kandidat Mohammed Mursi mit einer knappen Mehrheit zum ägyptischen Präsidenten gewählt wurde. Eine steigende innenpolitische Polarisierung, an welcher Mursi und die MB nicht gänzlich unschuldig waren, führte im Jahresverlauf 2013 zu neuen Massenprotesten und der Forderung nach vorgezogenen Präsidentschaftswahlen. Am 3. Juli schließlich schritt das ägyptische Militär ein und setzte Präsident Mursi ab. Daraufhin folgte unter General Abul Fattah el-Sisi, der sich ein Jahr später dann auch formal zum neuen Präsidenten wählen ließ, eine staatliche Gewaltkampagne mit dem Ziel, die Muslimbrüder als Organisation auszumerzen. Zu diesem Zweck wurde die MB in Ägypten im Dezember 2013 als terroristische Organisation eingestuft; die FJP wurde im August 2014 aufgelöst; einer großen Anzahl von Schulen, Wohltätigkeitsorganisationen, Krankenhäusern und Unternehmen, die der MB angehörten oder ihr nahestanden, wurde der Betrieb untersagt und zehntausende Mitglieder der MB verhaftet und eingesperrt. Darunter waren auch der gestürzte Präsident Mursi und weite Teile der Führungsriege (Hendawi 2014). Staatliche Repression und permanenter Verfolgungsdruck führten dazu, dass drei Jahre nach dem Arabischen Frühling weite Teile der primären und sekundären Führungsebene der MB im Gefängnis saßen oder ins Exil gegangen waren. Das dadurch entstandene Vakuum an der Spitze der Organisation wurde durch den Aufstieg einer jüngeren Generation kompensiert, welche

sich maßgeblich aufgrund der nach dem Militärputsch im Jahr 2013 an den MB begangenen Massakern radikalisiert hatte. Die neue Führung leitete im Widerspruch zum historischen Weg der MB organisatorische und ideologische Veränderungen ein, welche zu einer deutlich konfrontativeren und gewaltbereiteren Haltung der MB gegenüber dem Sisi-Regime führte. Obwohl keine direkt nachweisbaren Anweisungen oder programmatischen Äußerungen der neuen Führungsebene in Bezug auf die Anwendung von Gewalt gegen staatliche Akteure oder Einrichtungen existieren, wurde Ägypten zwischen den Jahren 2013 und 2016 durch mehrere Gewaltwellen erschüttert, an denen Gruppen beteiligt waren, die mit den MB in Verbindung standen (Awad und Hashem 2015). Während die Bruderschaft als soziale Bewegung trotz massiver staatlicher Repression – eine Situation, die klandestine Methoden und organisatorische Veränderungen verlangte, um die eigene Auslöschung zu verhindern – nicht zu einer gewaltanwendenden Organisation wurde, erfolgte Gewaltausübung durch Mitglieder der MB oder mit ihr verbundener Personen gegenüber dem ägyptischen Staat auf der Ebene von Zellen, kleineren Gruppen und Einzelpersonen. Trotz des konfrontativeren Tons und der Praxis der neuen Führung der MB ist in dieser Phase keine takfiristisch-jihadistische Ideologie – so wie sie vom Islamischen Staat oder al-Qaida propagiert wird und durch welche Gewaltanwendung über Exkommunikation von Feinden der MB hätten legitimiert werden können – übernommen worden. Vielmehr haben letztlich einige der Vertreter der neuen Führungsriege der MB entschieden, sich existierenden Jihadistengruppen wie dem *Islamischen Staat auf der Sinai-Halbinsel* oder dem *Islamischen Staat im Irak und Syrien* (ISIS) anzuschließen. Die Radikalisierung hin zur Gewaltanwendung innerhalb der ägyptischen MB fand also weniger auf der kollektiven Ebene der Organisation statt, sondern war vielmehr ein Phänomen auf der individuellen Ebene einzelner Mitglieder (al-Anani 2019).

Es existieren eine Reihe von Faktoren, die helfen, diese Entwicklung zu verstehen: Erstens ist es im Jahr 2015 dem überlebenden Teil der alten Garde, welche inzwischen aus dem Ausland oder aus dem Gefängnis heraus operiert, gelungen, erneut die Macht zu übernehmen, indem sie einen Teil der jüngeren Führungspersönlichkeiten beschuldigte, eine Militarisierung der Bewegung anzustreben. Zweitens kann davon ausgegangen werden, dass die Prioritäten nunmehr auf der Wiederherstellung der strukturellen Geschlossenheit der Organisation liegen, um somit auch im

Untergrund ihr langfristiges Überleben als Organisation zu sichern. Einer der wichtigsten Indikatoren dafür ist, dass im August 2020 Ibrahim Mounir an die Spitze der MB nachrückte. Mounir, der in London lebt, gilt als Sprecher der MB in Europa und ist für seine versöhnliche Haltung und die Ablehnung von Gewalt bekannt (Aljazeera 2020). Damit scheinen, drittens, erneut ideologische Parameter innerhalb der Organisation an Gewicht zu gewinnen, die sowohl Gewalt als auch Exkommunikation ablehnen und diese Haltung als Voraussetzung für eine Mitgliedschaft festschreiben. Viertens erscheint es wahrscheinlich, dass unter der aktuellen Führung von Teilen der alten Garde, organisatorischen Werten wie Loyalität, Respekt vor der älteren Generation, Gehorsam und Vertrauen erneut eine wichtige Bedeutung beigemessen wird, eine Entwicklung, die Dezentralisierung und die Neigung zur individuellen Radikalisierung abschwächen dürfte (Fahmi 2020).

Damit lässt sich abschließend konstatieren, dass es für die absehbare Zukunft wahrscheinlich ist, dass sich die Prioritäten der ägyptischen MB darauf konzentrieren werden, die Existenz der Organisation im Untergrund zu ermöglichen, um damit das langfristige Überleben im Kontext der beispiellosen Repression durch das Sisi-Regime abzusichern. Die ägyptischen Muslimbrüder werden deswegen wohl weiterhin auf den Einsatz von Gewalt zur Erreichung ihrer Ziele verzichten. In Bezug auf Deutschland und Europa ist davon auszugehen, dass von den MB aktuell kein zusätzliches Radikalisierungspotenzial ausgeht. Europa wird in den kommenden Jahren von der Bruderschaft als Rückzugsgebiet benötigt, um dem gestiegenen Verfolgungsdruck durch das Sisi-Regime in Ägypten auszuweichen. Für die MB bleibt daher auch in Europa und Deutschland Koexistenz anstatt Konfrontation der dominante Handlungsparameter.

Schlussfolgerungen

Die Arbeiten des GIGA waren im Jahr 2020 auf die Ausarbeitung einer heuristischen Perspektive mit Bezug auf ein Monitoring des Radikalisierungspotenzials im Nahen Osten ausgerichtet und sind zusätzlich durch die ersten zwei (Nahostkonflikt und ägyptische Muslimbrüder) von insgesamt fünf Fallstudien empirisch angereichert worden. Darauf aufbauend lassen

sich zusammenfassend einige erste Bewertungen abgeben, in welcher Weise Entwicklungen und Ereignisse des Jahres 2020 im Nahen Osten eine mittelbare Relevanz für das Radikalisierungsgeschehen in Deutschland und Europa gehabt haben.

Die israelische Drohung, Teile des Westjordanlandes zu annektieren, hat deutlich gemacht, dass vom Nahostkonflikt weiterhin ein latentes Radikalisierungspotenzial ausgeht. Aufgrund der neuen Dominanz der prowestlichen Golfstaaten und deren israelfreundlicher Regionalpolitik, kommt dieses Potenzial allerdings inzwischen überwiegend lokal zum Ausdruck. Selbst bei einer völkerrechtswidrigen Annexion der Westbank durch Israel wäre es von daher sehr unwahrscheinlich gewesen, dass es als Reaktion zu einer breiten Radikalisierung innerhalb propalästinensischer Gruppen in Deutschland und Europa gekommen wäre. Ein verstärktes extremistisches Verhalten in Deutschland wäre daher aus diesem Kontext heraus nicht zu erwarten gewesen.

Trotz der beispiellosen staatlichen Repression gegenüber der Muslimbrüderschaft durch das Sisi-Regime nach dem Militärputsch im Jahr 2013 gegen den ersten demokratisch gewählten Präsidenten Mursi in Ägypten, hat sich die wohl älteste islamistische Organisation im Nahen Osten nicht permanent radikalisiert. Nach einer Welle von terroristischen Anschlägen, an denen auch Mitglieder der MB beteiligt waren, hat sich die Organisation trotz permanenter staatlicher Verfolgung nicht in eine gewaltbereite Bewegung transformiert. Um ein langfristiges ideologisches und organisatorisches Überleben der Organisation abzusichern, ist daher davon auszugehen, dass weiterhin auf den Einsatz von Gewalt durch die Muslimbrüder in Ägypten, aber auch in Europa und Deutschland verzichtet wird.

Die durch Islamisten verübten extremistischen Straftaten in Deutschland im September, in Frankreich im September und Oktober sowie der Anschlag vom 2. November 2020 in Wien, haben allerdings verdeutlicht, welche Gefahren weiterhin von der gewaltbereiten takfristisch-jihadistischen Spielart des politischen Islam für europäische Gesellschaften ausgehen. Gleichwohl sich die Form der Bedrohung, die Art der Täter, sowie deren transnationale Vernetzungen in den letzten Jahren nicht nur aufgrund des polizeilichen Ermittlungsdrucks transformiert haben, bleibt ein analytischer Blick auf die Region des Nahen Ostens unerlässlich, um das

Phänomen eines gewaltbereiten Islamismus verstehen und erklären zu können. Auffällig bei den extremistischen durch Islamisten verursachten Ereignissen in der zweiten Jahreshälfte 2020 war, dass diesen Taten öffentliche, diskursive Auseinandersetzungen zwischen europäischen Spitzenpolitikern und politischen Vertretern aus der muslimischen Welt vorausgingen, und dass es sich mit Bezug auf den Konfliktgegenstand im Kern um Wertefragen gehandelt hat. In den kommenden Jahren wird es daher eine wichtige Aufgabe sein, diese Interaktionen besser empirisch darzustellen, zu analysieren und für ein permanentes Monitoring aufzubereiten. Auch für das ab 2021 beginnende phänomenübergreifende Monitoring stellen solche diskursiven Verknüpfungen zwischen nationaler Ebene und internationalen Entwicklungen einen analytisch vielversprechenden Nexus dar, den es intensiver zu beobachten gilt.



Literatur

- Akram, F. (2019). „*Hamas has developed a vast arsenal in blockaded Gaza*“. Associated Press. 25. März 2019. <https://apnews.com/9977b51fc0754009b932c860daef579e>.
- Albrecht, H./Wegner, E. (2006). „*Autocrats and Islamists: Contenders and containment in Egypt and Morocco*“. *The Journal of North African Studies* 11 (2): 123–41. <https://doi.org/10.1080/13629380600704688>.
- Aljazeera (2020). Ibrahim Mounir. *The First Muslim Brotherhood's In-Charge From Outside Egypt* (original auf Arabisch) <https://www.aljazeera.net/news/politics/2020/9/15/>.
- Almohamad, S. (2020). „*Doomed to Instability: Israel's West Bank Annexation Plan in a Turbulent Region*“. GIGA Focus Middle East, Nr. 04. <https://www.giga-hamburg.de/en/publication/doomed-to-instability-israels-west-bank-annexation-plan-in-a-turbulent-region>.
- Anani, K. al- (2019). „*Rethinking the repression-dissent nexus: assessing Egypt's Muslim Brotherhood's response to repression since the coup of 2013*“. *Democratization* 26 (8): 1329–41. <https://doi.org/10.1080/13510347.2019.1630610>.
- Angus, C. (2016). „*Radicalisation and Violent Extremism: Causes and Responses*“. NSW Parliamentary Research Service. E-Brief. Sydney: Parliament of New South Wales, Australia. <https://www.parliament.nsw.gov.au/researchpapers/Documents/radicalisation-and-violent-extremism-causes-and-/Radicalisation%20eBrief.pdf>.
- Asharq Al-Awsat (2020). „*Annexation Is Declaration of War, Says Hamas' Qassam Brigades*“. Asharq Al-Awsat. 26. Juni 2020. <https://english.aawsat.com/home/article/2355126/annexation-declaration-war-says-hamas%E2%80%99-qassam-brigades>.
- Awad, M./Hashem, M. (2015). „*Egypt's Escalating Islamist Insurgency*“. Carnegie Middle East Center. https://carnegieendowment.org/files/CMEC_58_Egypt_Awad_Hashem_final.pdf.
- Bjørgero, T. (Hrsg.) (2005). *The Root Causes of Terrorism*. London & New York: Routledge.
- Della Porta, D./LaFree, G. (2012). „*Guest Editorial: Processes of Radicalization and De-Radicalization*“. *International Journal of Conflict and Violence* 6 (1): 4–10. <https://doi.org/10.4119/UNIBI/ijcv.266>.
- Der Spiegel (2020). „*Jordan's King Abdullah II: The Danger of People Starving to Death Is Greater than the Danger from the Virus Itself*“. Der Spiegel. 15. Mai 2020. <https://www.spiegel.de/international/world/jordan-s-king-abdullah-ii-the-danger-of-people-starving-to-death-is-greater-than-the-danger-from-the-virus-a-4b220928-7ff9-4219-a176-ec380ec16cf3>.
- Du Bois, C./Antonelli, F./Musolino, S./Pavone, P./Sodano, P./Woesler, M./Lucini, B. u.a. (2019). „*Literature Review on Radicalisation*“. Deliverable D2.1. TRIVALENT. Brussels: European Union's Horizon 2020 research and innovation programme. <https://ec.europa.eu/research/participants/documents/downloadPublic?documentIds=080166e5c2d85f61&appId=PPGMS>.
- Egger, C./Magni-Berton, R. (2019). „*The Role of Islamist Ideology in Shaping Muslims Believers' Attitudes toward Terrorism: Evidence from Europe*“. *Studies in Conflict & Terrorism*, Online First. <https://doi.org/10.1080/1057610X.2019.1571696>.
- Fahmi, G. (2020). „*Resilience Against Violent Radicalisation: Why Haven't More Islamists Taken up Arms in Egypt Since 2013?*“ 17. EUI Working Papers. Florence: European University Institute. <https://www.ssrn.com/abstract=3630225>.
- Hendawi, H. (2014). „*Egypt crackdown brings most arrests in decades*“. Associated Press. 17. März 2014. <https://apnews.com/article/bb8f485e62424aba93940e6cc2906487>.

Memo (2020). „*Palestinian Armed Wing Calls for Attacks on Israel*“. Middle East Monitor. 7. Februar 2020. <https://www.middleeastmonitor.com/20200207-palestinian-armed-wing-calls-for-attacks-on-israel/>.

Süß, C.-A./Aakhunzzada, A.N. (2019). „*The Socioeconomic Dimension of Islamist Radicalization in Egypt and Tunisia*“. 45. Working Papers. Frankfurt a. Main: Peace Research Institute Frankfurt. https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publicationen/PRIF_WP_45.pdf.

Wiktorowicz, Q. (2005). „*A Genealogy of Radical Islam*“. *Studies in Conflict & Terrorism* 28 (2): 75–97. <https://doi.org/10.1080/10576100590905057>.